



**RITA
SCHWARZELÜHR-
SUTTER**

**Für Sie im
Deutschen Bundestag**



Newsletter

vom 11. März 2020

Die Themen im Überblick

Kohleausstieg: Klima schützen, Beschäftigte absichern	1
Internationaler Frauentag: Erkämpftes erhalten, Fortschritt gestalten	2
Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder ausbauen	2
Rechtsterrorismus bekämpfen	3
Bundestag berät über Lage in Syrien	3
Schutz und humanitäre Hilfen.....	4
Afghanistan unterstützen	4
Mittelmeerraum stabilisieren	5
Für eine Welt ohne Atomwaffen	5
SPD-Fraktion schlägt Reform des Wahlrechts vor	5
Höhere Sicherheit bei Medizinprodukten	6
Schutz vor Konversionsbehandlungen.....	6
Ehrenamt beim THW stärken	6
Muslimen in Deutschland: Mittendrin statt nur dabei!.....	7
2,5 Millionen Euro Bundesfördermittel fließen nach Oberried.....	7
Gesetzentwurf zur Grundrente – ein Meilenstein in der Geschichte unseres Sozialstaates	7
Oberried im Glück: 7,6 Millionen Euro Fördermitteln für den Breitbandausbau	8
Ein Atomkraftwerk weniger an der deutsch-französischen Grenze	8
Schnelles Internet: 3 Millionen Euro Bundesfördermittel fließen nach St. Märgen	8
"Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" - mehr Geld für Hilfs- und Beratungsangebote in den Kommunen	8
Schnelles Internet im Hochschwarzwald: Rund 626.000 Euro Bundesfördermittel fließen	9
Jahrzehntelange kommunale Arbeit des Genossen Dieter Schwandt	9
Gespräch zur Verkehrsentlastung rund um den Zollhof Waldshut.....	9
Integrationsexpertin Rafika Aydogan auf der Islamkonferenz.....	10
Hochrheinkommission gewinnt Bundeswettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung	11
Internationaler Frauentag.....	11
Für schnelles Internet fließen 8,7 Millionen Euro nach Klettgau.....	12
Ergebnis des Koalitionsausschusses zum Kurzarbeitergeld.....	12

Kohleausstieg: Klima schützen, Beschäftigte absichern

Bis spätestens 2038 wird Deutschland schrittweise aus der Kohleverstromung aussteigen. Das regelt das Kohleausstiegsgesetz, das der Bundestag am Freitag in erster Lesung beraten hat.

Es ist ein bedeutender Schritt für mehr Klimaschutz: Mit einem klaren, verbindlichen Fahrplan wird Deutschland spätestens zum Jahr 2038 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen. So ist es im Entwurf der Bundesregierung für das Kohleausstiegsgesetz festgehalten, den der Bundestag am Freitag in erster Lesung beraten hat. Die Koalition folgt mit dem Ausstiegsplan der Kohlekommission, die vor einem Jahr mit einem breiten Konsens Empfehlungen vorgelegt hatte.

Der Ausstieg beginnt sofort

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Ausstieg aus der Stein- und Braunkohleverstromung sofort beginnt und bis spätestens 2038 abgeschlossen ist. Noch im Jahr 2020 soll der erste Block eines Braunkohlekraftwerks vom Netz gehen. Bis 2030 soll die Leistung von Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken auf weniger als die Hälfte der heutigen Leistung sinken. „Deutschland steigt verbindlich aus der Kohlekraft aus. Das ist ein bedeutender Beitrag zum Klimaschutz, denn damit werden Schritt für Schritt rund ein Viertel der gesamten deutschen CO₂-Emissionen eingespart“ sagt Bundesumweltministerin Svenja Schulze. In den Jahren 2026, 2029 und 2030 soll zudem überprüft werden, ob der endgültige Ausstieg bereits drei Jahre früher erfolgen kann, in diesem Fall wäre bereits 2035 Schluss mit der Kohleverstromung. Dies ist im Wesentlichen abhängig von dem Ausbau der Erneuerbaren, mit dem Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit sichergestellt werden. Mit dem Gesetzentwurf stellt die Koalition sicher, dass die von Deutschland eingesparten Emissionen nicht an anderer Stelle in Europa emittiert werden, sondern die CO₂-Zertifikate vom Markt genommen werden. Nur so wirkt der Kohleausstieg voll und ganz für den Klimaschutz.

Anpassungsgeld und frühere abschlagsfreie Rente

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es besonders wichtig, dass der Kohleausstieg sozial ausgeglichen stattfindet. Die Kohle ist bis heute in einigen Regionen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Umso wichtiger ist ein planbarer und verlässlicher Kohleausstieg, der Strukturbrüche vermeidet. Dafür hat die Koalition bereits das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen auf dem Weg gebracht, mit dem der Bund insgesamt 40 Milliarden Euro für die Strukturförderung bereitstellen wird. Die betroffenen Regionen erhalten die nötigen Mittel, um den Strukturwandel aktiv und nachhaltig zu gestalten. Ziel ist es, neue wirtschaftliche Perspektiven für die Menschen zu

entwickeln und neue Strukturen aufzubauen, bevor die alten endgültig wegfallen.

Mit dem Kohleausstiegsgesetz werden auch die direkten sozialen Folgen des Ausstiegs für die Beschäftigten abgedeckt: Der Gesetzentwurf sieht ein Anpassungsgeld für besonders betroffene ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 58 Jahre vor. Sie können dieses für bis zu fünf Jahre erhalten und anschließend in Rente gehen – die Abschläge trägt der Bund. Jüngere Beschäftigte profitieren von dem seit 1. Januar 2019 geltenden Qualifizierungschancengesetz, das die Weiterbildungsförderung für vom Strukturwandel betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessert und neue Qualifikationen ermöglicht. Mit dem vom Bundesarbeitsministerium geplanten Arbeit-von-morgen-Gesetz sollen weitere arbeitsmarktpolitische Instrumente dabei helfen, Transformation und Strukturwandel zu bewältigen.

Kein Kohleausstieg ohne Ausbau der Erneuerbaren

Die Welt schaue genau hin, wie Klimaschutz und Kohleausstieg in Deutschland gelingen, sagt Bundesumweltministerin Svenja Schulze. „Wir zeigen damit, wie ein Industrieland von der Kohleverstromung vollständig auf erneuerbare Energien umsteigt und zugleich neue wirtschaftliche Perspektiven für die Kohleregionen schafft.“ Darum sei der soziale Ausgleich nicht nur eine gute Investition in den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch in den Klimaschutz.

Der Kohleausstieg ist die Grundlage dafür, dass wir unsere Klimaziele bis 2030 und darüber hinaus einhalten können. Als einziges Industrieland der Erde steigt Deutschland gleichzeitig aus der Kernenergie und der Kohleverstromung aus. Das heißt gleichzeitig: Es braucht einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Stromnetze müssen entsprechend modernisiert und ausgebaut werden. Die Koalition wird hierzu das Erneuerbare-Energien-Gesetz novellieren und dabei vor allem den Ausbau der Windkraft an Land und die Förderung von Photovoltaikanlagen in den Blick nehmen.

Das Wichtigste zusammengefasst:

Mit dem Entwurf für das Kohleausstiegsgesetz legt die Bundesregierung einen verbindlichen Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohleverstromung vor und folgt damit den Empfehlungen der Kohlekommission. Zusammen mit dem Strukturstärkungsgesetz sorgt es dafür, dass Deutschland bis 2038 aus der Kohle aussteigt, soziale Folgen für die betroffenen Beschäftigten abgedeckt werden und neue wirtschaftliche Perspektiven für die Menschen in den betroffenen Regionen entstehen.

Internationaler Frauentag: Erkämpftes erhalten, Fortschritt gestalten

Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März hat der Bundestag am Freitag die Frage debattiert, wo wir heute in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern stehen.

Trotz vieler Fortschritte in den letzten Jahren haben Frauen in zentralen Bereichen der Gesellschaft noch immer nicht die gleichen Chancen wie Männer. Um das zu ändern, setzt die SPD-Bundestagsfraktion zum Beispiel auf mehr Frauen in Führungspositionen und die gleiche Repräsentation von Frauen in den Parlamenten. Darum ist es den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtig, dass bei der anstehenden Reform des Wahlrechts eine Parität in den Wahllisten eingeführt wird.

„Gleichstellung ist kein Naturgesetz“

„Von mehr Gleichstellung profitieren nicht nur die Frauen, sondern es kommt allen in der Gesellschaft zugute“, sagte Bundesfrauenministerin Franziska Giffey in der Bundestagsdebatte. Als wichtigen Schritt bezeichnete sie es, dass es in diesem Jahr erstmals eine Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung geben werde. „Wir wollen ermöglichen, dass Frauen die gleichen Chancen in Wirtschaft, Politik und Familie bekommen, dass Väter und Mütter sich gemeinsam um Kinder und Haushalt kümmern können, dass sie aber auch Familie und Pflege mit dem Beruf vereinbaren können.“

Gleichstellung sei kein Naturgesetz, wir müssten etwas dafür tun. Das zeige auch der Frauenanteil im Bundestag, der mit der letzten Wahl sogar gesunken sei und nur noch knapp über 30 Prozent betrage. Es brauche mehr Frauen in der Politik, aber auch in Spitzenpositionen der Wirtschaft. Franziska Giffey betonte aber auch, dass es für Fortschritte in Sachen Gleichstellung immer auch Männer brauche, die sich für das Thema engagieren: „Gleichstellung funktioniert immer nur in Partnerschaftlichkeit.“

Parität durch Wahlrechtsreform

Es gehe heute auch darum, beim Thema Gleichstellung einen gesellschaftlichen Rollback weltweit zu verhindern, sagte Josephine Ortleb. „Wir müssen Erkämpftes erhalten und Fortschritte gestalten.“ Noch immer seien Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts in allen Gesellschaften häufiger von Diskriminierung und Gewalt betroffen. „Und was wir von der Wirtschaft fordern, müssen wir politisch vorleben“, betonte sie. Die SPD-Bundestagsfraktion habe hier mit ihrem Vorschlag für eine Wahlrechtsreform die Tür für die Parität durch das Wahlrecht geöffnet. Der Vorschlag sieht vor, für die nächste Bundestagswahl nur Parteien zuzulassen, deren Landeslisten paritätisch abwechselnd mit einer Frau und einem Mann oder umgekehrt besetzt sind. „Das ist keine Diskriminierung von Männern“, sagte Josephine Ortleb. „Das nennt man Gleichberechtigung.“

Erwerbs- und Sorgearbeit gerecht verteilen

Frauenpolitik bedeute, den großen Berg an Benachteiligungen von Frauen mit unterschiedlichen Werkzeugen abzubauen, sagte Leni Breymaier. Als eine zentrale Aufgabe nannte sie die gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der unbezahlten Sorgearbeit zwischen Männern und Frauen. „Wenn Frauen 75 Prozent der Sorgearbeit stemmen, ist an echte Gleichberechtigung nicht zu denken.“ Denn wenn Frauen mehr bezahlte Arbeit übernehmen, müssten sie auch unbezahlte Arbeit abgeben. Dazu gehöre es auch, die Männer in die Pflicht zu nehmen. „Wir Frauen wollen nicht die Hälfte des Kuchens, wir wollen die Hälfte der Bäckerei“, brachte es Leni Breymaier abschließend auf den Punkt.

Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder ausbauen

Der Bundestag hat am Donnerstag das Ganztagsfinanzierungsgesetz beraten. Es ist ein wichtiger Schritt hin zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder ab 2025.

In Deutschland haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, sobald ihr Kind das erste Lebensjahr vollendet hat. Aber was passiert nach der Einschulung? Für Kinder im Grundschulalter besteht dieser Rechtsanspruch nicht. Eltern stehen mit der Einschulung ihres Kindes also plötzlich vor einem großen Problem: Sie müssen eine Betreuung für ihr Kind an den Nachmittagen nach Schulschluss organisieren. Das soll sich ändern. In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD und CDU/CSU vereinbart, bis zum Jahr 2025 einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter einzuführen. Denn klar ist: Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter erhöht die Teilhabechancen und ermöglicht eine bessere individuelle Förderung der Kinder. Gleichzeitig unterstützen Ganztagsangebote die Eltern dabei, Beruf und Familie zu vereinbaren.

In den letzten Jahren haben die Länder zwar die Infrastruktur für Bildung, Betreuung und Erziehung deutlich ausgebaut. Allerdings reicht das Angebot noch nicht aus, um den Bedarf an ganztägigen Angeboten für Kinder im Grundschulalter zu decken. Hierfür braucht es einen bedarfsgerechten Ausbau von Hort- und Schulinfrastruktur in den Ländern und Gemeinden. Das jetzt im Bundestag beratene Ganztagsfinanzierungsgesetz legt hierfür die finanziellen Grundlagen, damit der Rechtsanspruch ab 2025 erfüllt werden kann. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Bund ein Sondervermögen in Höhe von zwei Milliarden Euro – jeweils eine Milliarde Euro in den Jahren 2020 und 2021 – bereitstellt, um die Länder beim Ausbau der Infrastruktur zu unterstützen und die Finanzierung des Ganztagsausbaus zu sichern.

Rechtsterrorismus bekämpfen

Welche Konsequenzen müssen wir aus dem rassistischen Terroranschlag von Hanau ziehen? Darüber hat der Bundestag am Donnerstag in einer vereinbarten Debatte beraten.

Der rassistisch motivierte Anschlag von Hanau hat Deutschland erschüttert. Die schrecklichen Morde haben uns allen auf bitterste Weise vor Augen geführt, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus deutlich ausgeweitet werden muss. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Die Anschläge in Hanau und in Halle und der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sind Teile einer besorgniserregenden Entwicklung. Der Rechtsstaat muss mit all ihm zur Verfügung stehenden Mitteln rigoros gegen seine Feinde vorgehen. Rechte Gefährder müssen systematisch ins Visier genommen werden. Und Rechtsextremisten dürfen nicht in den Besitz von Waffen gelangen.

Rassistischer und rechter Terror

An erster Stelle müssten jetzt Trauer und Mitgefühl mit den Angehörigen der Opfer stehen, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich in der Debatte. „Gleichzeitig müssen wir uns darüber klar werden, was die wachsende rassistische Gewaltbereitschaft für unser Land bedeutet und was wir dagegen tun müssen.“ Was in Hanau passiert sei, sei mehr als Totschlag: „Es ist Massenmord, es war rassistischer und rechter Terror.“

Der Täter von Hanau sei vielleicht ein Einzeltäter gewesen, aber er wurde getragen von einem System der Hetze, der Erniedrigung und der Anleitung zur Gewalt, sagte Rolf Mützenich. „Und diese Spur führt hinein in den Bundestag, die AfD ist der Komplize.“ Mit Blick auf die AfD-Fraktion sagte er: „Dort steht der Feind dieser Demokratie, und wir müssen das benennen.“

Demgegenüber stünden hingegen die ganz vielen Menschen, die sich einsetzten in den Dörfern, Gemeinden und Städten, betonte Rolf Mützenich. Das mache ihm Hoffnung. „Wir sind nicht die Wiederholung von Weimar, wir sind eine mutige Demokratie und es gibt genügend Beispiele, die das jeden Tag zeigen.“

„Wir nehmen den Kampf gegen rechts auf!“

Menschen, die nichts anderes im Sinn hatten als hier zu leben und Teil unserer Gesellschaft zu sein, sei unermessliches Leid zugefügt worden, sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht. „Das muss uns alle aufrütteln.“ Der Rechtsextremismus sei die größte Bedrohung in unserer offenen und friedlichen Gesellschaft, sagte sie und versicherte: „Wir nehmen den Kampf gegen diese Bedrohung auf!“

Einen Schwerpunkt will sie dabei auch auf den Kampf gegen Hass und Hetze im Netz legen. Über 70 Prozent der angezeigten Hassposts im Netz richteten sich gegen Migrantinnen und Migranten.

„Wir dürfen nicht weiter zuschauen, dass diesen Worten Taten folgen.“ Es brauche harte Strafen und konsequente Verfolgung für jede Form der Gewalthetze. Das vom Bundeskabinett beschlossene Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität sei hier der erste Schritt, sagte Christine Lambrecht. „Unsere Demokratie ist wehrhaft, unser Rechtsstaat ist stark, aber er muss jeden Tag verteidigt werden.“

Bundestag berät über Lage in Syrien

Im syrischen Idlib entwickelt sich eine humanitäre Katastrophe. Der Bundestag hat am Donnerstag auf Antrag der Koalitionsfraktionen über die Eskalation in Idlib und die Folgen für Europa debattiert.

Rund drei Millionen Menschen leben in der Provinz Idlib in Syrien. Fast eine Million von ihnen sind auf der Flucht, seit das syrische Regime mit russischer Unterstützung mit der militärischen Offensive auf die Provinz begonnen hat. An der türkischen Grenze wachsen seitdem die Flüchtlingslager. Auch die Lage an der türkisch-griechischen Grenze hat sich in den vergangenen Tagen zunehmend angespannt. Der türkische Präsident Erdogan versucht damit, die EU unter Druck zu setzen. Schon seit längerem katastrophal sind die Zustände in den Aufnahmeeinrichtungen auf den griechischen Inseln.

„Die Vereinten Nationen sehen in der Situation in Idlib die größte humanitäre Katastrophe seit dem Beginn des Syrienkrieges“, sagte der Staatsminister im Auswertigen Amt Niels Annen im Bundestag. Insgesamt seien etwa eine Million Menschen auf der Flucht, davon achtzig Prozent Frauen und Kinder. Russland und die Türkei hätten gezeigt, dass sie bereit seien, ein sehr hohes Risiko einer militärischen Konfrontation einzugehen. Aber sie seien auch bereit, mit politischen Absprachen zu einer Deeskalation zu kommen. Er hoffe auf eine belastbare Vereinbarung über einen Waffenstillstand, sagte Niels Annen mit Blick auf die Gespräche zwischen dem türkischen und dem russischen Präsidenten.

Waffenruhe muss erster Schritt sein

„Das menschenverachtende Vorgehen des syrischen Regimes gegen die eigene Bevölkerung muss umgehend aufhören“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gabriela Heinrich. Der erste Schritt, um die Lage zu verbessern, müsse eine Waffenruhe sein. Sie sei die Voraussetzung für einen politischen Prozess und für humanitäre Hilfe in Idlib. Die Lage in Syrien sei dramatisch, sagte auch Lars Castellucci, migrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. „Mehr als die Hälfte der syrischen Bevölkerung musste das Land schon verlassen oder ist im Land auf der Flucht.“ Die Menschen in Syrien brauchten jetzt drei Dinge: Sicherheit, Versorgung und Sicherheit.

Der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Schwabe, betonte: „Wir müssen in Syrien als Friedensmacht auftreten und humanitäre

Hilfe leisten.“ Gleichzeitig müsse die internationale Staatengemeinschaft deutlich machen, dass diejenigen, die in Syrien Kriegsverbrechen begangen, auch zur Rechenschaft gezogen werden.

Europa muss Menschen in Griechenland helfen

Für die SPD-Fraktion ist klar: Europa und die internationale Staatengemeinschaft müssen schnell darauf reagieren und auch bereit sein, weitere humanitäre Hilfe für die Menschen in Idlib und die Geflüchteten in der Türkei zu leisten. In einem Beschluss vom 4. März fordert die SPD-Fraktion zudem, so schnell wie möglich zu einer europäischen Lösung für die Menschen in den griechischen Aufnahmeeinrichtungen zu kommen.

Schutz und humanitäre Hilfen

Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, besonders schutzbedürftigen Menschen in den griechischen Flüchtlingslagern auch in Deutschland Schutz zu gewähren. „Wir arbeiten derzeit mit voller Kraft an einer Lösung, an der sich nicht alleine Deutschland, sondern wenigstens ein paar andere europäische Staaten beteiligen“, heißt es in einem Fraktionsbeschluss.

„Wir brauchen so schnell wie möglich eine Lösung für die Menschen in Griechenland“, so die SPD-Fraktion. Die Zustände in den Aufnahmeeinrichtungen auf den griechischen Inseln seien katastrophal und untragbar. Die SPD-Abgeordneten fordern Bundesinnenminister Seehofer daher auf, in Brüssel für eine „Koalition der Vernunft“ zu werben und konkrete Maßnahmen zur gemeinsamen Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Menschen auf den Weg zu bringen.

Mit Frankreich, Portugal, Finnland und anderen Ländern hat sich inzwischen eine Reihe von Staaten in einer humanitären Geste bereit erklärt, schutzbedürftige Kinder aufzunehmen. Auch in etlichen Bundesländern, Städten und Gemeinden gibt es die Bereitschaft, besonders Schutzbedürftige aufzunehmen. „Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft“, heißt es in dem Beschlusspapier der SPD-Fraktion. „Mit unserem gemeinsamen Handeln zur Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland machen wir einen ersten und notwendigen humanitären Schritt.“

Darüber hinaus spricht sich die SPD-Fraktion dafür aus, die Verhältnisse in den griechischen Hotspots dauerhaft zu verbessern. Ein Weg könnte sein, dem UN-Flüchtlingshilfswerk die operative Verantwortung zur Leitung der Flüchtlingszentren zu übertragen. Zudem setzen sich die SPD-Abgeordneten dafür ein, die humanitäre Hilfe für die Menschen in Idlib (Syrien) und für die Geflüchteten in der Türkei aufzustoßen.

Neuorientierung der europäischen Flüchtlingspolitik

Für eine grundsätzliche Lösung hält es die SPD-Fraktion für erforderlich, die europäische

Flüchtlingspolitik und das gemeinsame Asylsystem neu auszurichten. In dem Fraktionsbeschluss heißt es dazu: „Wir müssen weg vom Prinzip der Zuständigkeit des Ersteinreisestaates. Wir brauchen eine gerechte und solidarische Verteilung geflüchteter Menschen auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten.“ Nur so sei dauerhaft eine Entlastung der Staaten an den EU-Außengrenzen und insbesondere auch Griechenlands zu erreichen.

Der Beschluss der SPD-Fraktion hier:

<https://www.spdfraktion.de/system/files/document/s/griechenland.pdf>

Afghanistan unterstützen

Die Bundeswehr soll sich weiterhin an der Nato-geführten Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission „Resolute Support“ in Afghanistan beteiligen. Das sieht ein Antrag der Bundesregierung vor, über den der Bundestag am Mittwoch erstmals debattiert hat.

Das gemeinsame Engagement der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft hat in den letzten Jahren trotz vieler Schwierigkeiten greifbare Ergebnisse hervorgebracht: Lebenswichtige Transport- und Versorgungsinfrastruktur wurde wieder hergestellt, das Bildungssystem und die Gesundheitsversorgung haben sich grundlegend verbessert, Frauen spielen eine zunehmend wichtigere Rolle im öffentlichen Leben, und es gibt eine vielfältige Medienlandschaft sowie freie politische Debatten.

Allerdings sind auf all diesen Feldern weitere Anstrengungen nötig, damit Afghanistan den Rückstand aufholen kann, der in den Jahrzehnten bewaffneter Konflikte entstanden ist. Denn gerade die letzten Jahre haben gezeigt, wie brüchig bereits erzielte Fortschritte weiterhin sind. Die Regierung ist nicht in allen Landesteilen handlungsfähig; Korruption und Armut sind immer noch weit verbreitet.

Auftrag der Mission bleibt es deshalb, die Leistungsfähigkeit der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte zu erhöhen. Ziel ist es, die afghanischen Sicherheitskräfte in die Lage zu versetzen, die Sicherheitsverantwortung auf lange Sicht flächendeckend und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Darüber hinaus sieht das Mandat vor, dass die Bundeswehr im Notfall auch Personal der internationalen Gemeinschaft, das im zivilen Wiederaufbau engagiert ist, unterstützen kann. Die Bundesregierung beantragt, das Bundeswehrmandat bis zum 31. März 2021 zu verlängern. Eingesetzt werden sollen wie bisher bis zu 1300 Soldatinnen und Soldaten.

Mittelmeerraum stabilisieren

Die Bundeswehr soll auch weiterhin einen Beitrag zum Kampf gegen Terrorismus und Waffenschmuggel im Mittelmeer leisten. Über einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung hat der Bundestag am Freitag beraten.

Rund ein Drittel aller über See verschifften Güter und ein Viertel aller Öltransporte weltweit werden durch das Mittelmeer geleitet. Daher ist die Sicherheit im Mittelmeerraum für die Nato und ihre Mitgliedsländer von zentraler Bedeutung. Fehlende staatliche Kontrolle über weite Küstenbereiche des Mittelmeerraumes und anhaltende politische Instabilität in einzelnen Staaten eröffnen terroristischen Organisationen jedoch Rückzugs- und Herrschaftsräume.

Der Antrag der Bundesregierung sieht daher vor, die Beteiligung der Bundeswehr an der Nato-geführten Maritimen Sicherheitsoperation „Sea Guardian“ um ein weiteres Jahr bis Ende März 2021 zu verlängern. Wie im vergangenen Jahr sollen bis zu 650 deutsche Soldatinnen und Soldaten daran mitwirken, Lagebilder zu erstellen und den Seeraum zu überwachen. Das Einsatzgebiet umfasst das Mittelmeer, die Straße von Gibraltar und ihre Zugänge und den darüber liegenden Luftraum. Der Antrag wurde wie üblich zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Die SPD-Fraktion hat dem Vorschlag von Frankreichs Präsident Macron, über eine eigene atomare Verteidigung der Europäischen Union nachzudenken, eine klare Absage erteilt. „Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht“, heißt es in einem Fraktionsbeschluss vom Dienstag.

In dem Positionspapier bekräftigt die SPD-Bundestagsfraktion das Ziel einer Welt ohne Atomwaffen. Keine andere sicherheitspolitische Bedrohung sei derart gravierend wie die Verbreitung und der Gebrauch von Massenvernichtungswaffen. Zu den wichtigsten Zielen sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik gehöre es daher, die Verbreitung und den Einsatz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen zu verhindern. „Unser letztendliches Ziel ist dabei die vollständige weltweite Abrüstung der bestehenden Arsenale von Massenvernichtungswaffen“, so der Beschluss. Die SPD-Fraktion unterstützt Außenminister Heiko Maas deshalb in seinen politischen Bemühungen um internationale Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie die Ächtung neuartiger Waffensysteme.

Konkrete Fortschritte für nukleare Abrüstung müssten vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen und bei der anstehenden

Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag erzielt werden. 50 Jahre nach Inkrafttreten des Atomwaffensperrvertrages, der unter anderem die Verbreitung von Kernwaffen verbietet, sollten sich die Vertragsstaaten aus Sicht der SPD-Fraktion auf eine neue Agenda für Abrüstung und Nichtverbreitung von Atomwaffen einigen. Ausdrücklich unterstützen die SPD-Abgeordneten entsprechende Bemühungen von Außenminister Heiko Maas im Vorfeld der Überprüfungskonferenz, die Ende April in New York beginnt. Außerdem setzt sich die SPD-Fraktion für eine starke, gemeinsame Position der Europäischen Union ein.

Darüber hinaus würdigt die SPD-Fraktion die Bedeutung des 2017 beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrages, der wichtige Impulse für die Debatte zur weltweiten nuklearen Abrüstung gegeben habe. Jetzt komme es darauf an, sich konstruktiv mit den Argumenten und Intentionen des Atomwaffenverbotsvertrages unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure auseinanderzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion bekräftigt das Ziel, sogenannte autonome letale Waffensysteme international zu ächten. Letale Autonome Waffensysteme (LAWS) werden vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes definiert als „jedes Waffensystem mit Autonomie in den kritischen Funktionen der Zielauswahl und Zielbekämpfung“. Solche Systeme können folglich selbstständig und ohne menschliche Steuerung oder sogar Aufsicht darüber „entscheiden“, ob etwas oder jemand ein Ziel ist und wie und wann dieses Ziel bekämpft werden soll. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass es im November 2019 nach schwierigen Verhandlungen zum ersten Mal gelungen ist, einen breiten internationalen Konsens über rote Linien für den Einsatz autonomer Funktionen in Waffensystemen zu erzielen: „Die Verabschiedung der Leitprinzipien durch die 125 Vertragsstaaten in der Waffenkonvention der Vereinten Nationen in Genf bringt uns unserem Ziel einer internationalen Ächtung vollautonomer letaler Waffensysteme einen großen Schritt näher.“

Das Positionspapier der SPD-Fraktion hier:
<https://www.spdfraktion.de/system/files/document/s/positionspapier-abruestung-20200303.pdf>

SPD-Fraktion schlägt Reform des Wahlrechts vor

Die SPD-Fraktion hat einen Vorschlag zur Änderung des Wahlrechts beschlossen. Ziel ist es, den Frauenanteil im Parlament zu erhöhen und die Handlungsfähigkeit des Bundestages zu erhalten.

Der Deutsche Bundestag hat als direkt gewählte Volksvertretung eine hervorgehobene Bedeutung in unserer parlamentarischen Demokratie. Wie in keinem anderen Verfassungsorgan verkörpert sich in ihm das Leitprinzip des Grundgesetzes, wonach alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Seit 1949 ist der Bundestag in diesem Sinne der zentrale Ort, an dem die gesellschaftlich relevanten Themen und

Probleme öffentlich debattiert werden, wo Gesetze beraten und beschlossen werden, wo der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin gewählt und die Regierung kontrolliert wird.

Die SPD-Fraktion will sicherstellen, dass der Deutsche Bundestag diese Aufgaben auch in Zukunft optimal erfüllen kann. Veränderungen der Parteienlandschaft und die Mechanismen des derzeitigen Wahlsystems könnten dazu führen, dass das Parlament nach der nächsten Bundestagswahl 750 oder 800 Sitze haben könnte. Die Soll-Größe liegt bei 598 Mandaten.

Um zu verhindern, dass der Deutsche Bundestag an die Grenzen seiner Arbeits- und Handlungsfähigkeit stößt, hält die SPD-Fraktion eine Reform des Wahlrechts für unabdingbar. Das Modell der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sieht vor, die Zahl der Abgeordneten nach der Bundestagswahl 2021 auf maximal 690 zu begrenzen. Um die Repräsentanz des Parlaments zu erhalten, soll es weiterhin 299 Wahlkreise geben. Die Regelgröße des Bundestags bleibt demnach bei 598 Abgeordneten. Um den Wählerwillen – also das Verhältnis der Zweitstimmen – nicht zu verzerren, werden Überhangmandate weiterhin durch Ausgleichsmandate kompensiert. Um die Obergrenze von 690 Mandaten einzuhalten, werden aber darüberhinausgehende Überhang- und Ausgleichsmandate nicht mehr zugeteilt. Um den Frauenanteil im Bundestag zu erhöhen, schlägt die SPD-Fraktion außerdem vor, nur Parteien zur Bundestagswahl zuzulassen, deren Landeslisten abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt sind. Die SPD-Fraktion sieht diesen Vorschlag ausdrücklich als Übergangsregelung für die nächste Bundestagswahl. In einem zweiten Schritt schlagen die SPD-Abgeordneten vor, eine Reformkommission aus Abgeordneten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Bürgerinnen und Bürgern einzusetzen, die sich mit Alternativen für eine Reform des personalisierten Verhältniswahlrechts auseinandersetzt und Empfehlungen zur Modernisierung der Parlaments- und Wahlkreisarbeit, zur Dauer der Legislaturperiode und zur gleichberechtigten Repräsentanz von Frauen und Männern im Bundestag erarbeitet.

Der Beschluss der SPD-Fraktion kann hier:

<https://www.spdfraktion.de/system/files/document/s/beschluss-wahlrecht-spd-20200303.pdf>

Höhere Sicherheit bei Medizinprodukten

Die Koalition verbessert die Sicherheit von Medizinprodukten und Arzneimitteln für die Patientinnen und Patienten. Ein entsprechendes Gesetz hat der Bundestag am Donnerstag beschlossen.

Das nationale Medizinprodukterecht wird an die EU-Medizinprodukteverordnung sowie an die EU-Verordnung über In-Vitro-Diagnostik angepasst. Die Koalition schafft damit die Voraussetzungen dafür, dass die erhöhten Anforderungen der EU-

Verordnungen an die Identifizierung, die Zertifizierung und die Registrierung von Medizinprodukten sowie an die Marktüberwachung in Deutschland fristgerecht umgesetzt werden können. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte kann künftig bei Gefahr im Verzug oder wenn der Hersteller seinen Sitz im Ausland hat unmittelbar selbst die notwendigen Maßnahmen zum Schutz und zur Sicherheit von Patientinnen und Patienten anordnen. Damit werden die Befugnisse der Länderbehörden sinnvoll ergänzt.

Außerdem wird die internationale Zusammenarbeit zur Verhütung und Bekämpfung von Arzneimittelfälschungen gestärkt. Hierzu wird die sogenannte „Medicrime“-Konvention des Europarates umgesetzt.

Schutz vor Konversionsbehandlungen

Therapien zur „Heilung“ von Homosexualität bei Minderjährigen und beschränkt einwilligungsfähigen Personen sollen verboten werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Schutz vor Konversionsbehandlungen hat der Bundestag am Freitag in erster Lesung beraten.

Bei sogenannten Konversionstherapien handelt es sich um Behandlungen, die darauf abzielen, die sexuelle Orientierung oder selbstempfundene geschlechtliche Identität eines Menschen zu ändern oder zu unterdrücken.

Der Gesetzentwurf sieht vor, Minderjährige und nur beschränkt einwilligungsfähige Personen vor solchen Therapien zu schützen. An ihnen sollen Konversionstherapien künftig nicht mehr durchgeführt werden dürfen. Denn mit solchen Therapien wird in die sexuelle und geschlechtliche Entwicklung und Selbstbestimmung der Betroffenen eingegriffen und ihre Gesundheit geschädigt. Auch das öffentliche Werben, Anbieten und Vermitteln von Konversionstherapien soll mit dem Gesetz verboten werden.

Ehrenamt beim THW stärken

80.000 Helferinnen und Helfer engagieren sich beim Technischen Hilfswerk (THW) ehrenamtlich für den Zivil- und Katastrophenschutz. Mit einem neuen Gesetz will die Bundesregierung die Attraktivität dieses Ehrenamtes stärken.

Den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des THW-Gesetzes hat der Bundestag jetzt in erster Lesung beraten. Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Regelungen des THW-Gesetzes zu aktualisieren und mit rechtlichen Verbesserungen im Ehrenamt zu verbinden.

Neue Gefahren wie etwa die Verletzlichkeit kritischer Infrastrukturen oder der Klimawandel führen zu veränderten Rahmenbedingungen für den Zivil- und

Katastrophenschutz. Das THW stellt sich diesem Wandel, in dem es beispielsweise seine technischen Fähigkeiten erweitert oder seine technischen und logistischen Strukturen modernisiert. Die Modernisierung des THW-Gesetzes soll diesen Entwicklungen Rechnung tragen. Außerdem sollen unter anderem Freistellungsregelungen zur Förderung der Helferinnen und Helfer verbessert werden.

Muslime in Deutschland: Mittendrin statt nur dabei!

Am Mittwoch hat die SPD-Bundestagsfraktion mehr als 200 engagierte Mitglieder der muslimischen Community aus allen Teilen der Republik zu der zweiten Islamkonferenz unter dem Motto „Muslime in Deutschland – Mittendrin statt nur dabei!“ empfangen.

Ziel war es, nicht ÜBEREINANDER, sondern MITEINANDER zu sprechen und sich über aktuelle Herausforderungen auszutauschen. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion haben gegenüber den muslimischen Gästen sehr deutlich gemacht, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – schon immer, aber jetzt erst recht – mit aller Entschiedenheit gegen Islamfeindlichkeit kämpfen und sich für eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft einsetzen, an der Musliminnen und Muslime gleichberechtigt teilhaben. Der regelmäßige Austausch mit ihnen ist den SPD-Abgeordneten sehr wichtig, denn Musliminnen und Muslime und ihre Religion gehören zu Deutschland.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Islamkonferenz genutzt, um ihnen vor allem zuzuhören. Insbesondere nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau, wollen sie ein klares Signal setzen und zeigen: Wir sind an Eurer Seite!

Mehr als 200 Musliminnen und Muslime aller Altersgruppen aus ganz Deutschland hatten sich auf den Weg nach Berlin gemacht. Nach einer abwechslungsreichen Podiumsdiskussion haben sie in verschiedenen Diskussionsforen mit den Abgeordneten über ihre Erfahrungen im Alltag gesprochen, haben berichtet, wo der Schuh drückt, und ihre Erwartungen an die Politik formuliert. Den Wünschen und Vorschlägen für ein besseres Miteinander will sich die SPD-Bundestagsfraktion annehmen.

2,5 Millionen Euro Bundesfördermittel fließen nach Oberried

Schnelles Internet im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Ich freue mich sehr, dass der Zweckverband Breitband Breisgau-Hochschwarzwald rund 4,9 Millionen Euro in die Erschließung von unterversorgten Adressen in Oberried investiert und dafür Fördermittel des Bundes in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro erhält.

Die Gesamtinvestitionen für das Breitbandausbauprojekt des Zweckverbandes betragen laut dem Projektträger atene KOM GmbH 4.906.645,00 Euro. Mit einer Förderquote von 50 Prozent beträgt die vorläufige Höhe der Zuwendung der Bundesförderung 2.453.322,00 Euro. Mit der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ unterstützt die Bundesregierung die Bereitstellung leistungsfähiger Breitbandnetze in den Regionen, in denen ein privatwirtschaftlich gestützter Ausbau bisher noch nicht gelungen ist.

Auch der ländliche Raum hat ein Recht auf einen guten Zugang zu schnellem Internet. Mit dieser Summe leistet der Bund ganz konkret einen Beitrag dazu, dass unsere Heimatregion nicht abgehängt wird.

Gesetzentwurf zur Grundrente – ein Meilenstein in der Geschichte unseres Sozialstaates

Die Einführung der Grundrente war eines der Hauptargumente für die SPD, in diese Bundesregierung einzutreten. Mit dem heutigen Kabinettschluss können wir selbstbewusst sagen, dass sich die SPD mehr als durchgesetzt hat: Weil es um die Anerkennung von Lebensleistung geht, wird die Grundrente ohne Antrag und ohne Bedürftigkeitsprüfung ermittelt. Das ist ein sozialpolitischer Meilenstein.

Die Grundrente werden rund 1,3 Millionen Menschen erhalten können, davon ein großer Anteil Frauen. Denn häufig haben Frauen der Familie wegen nur Teilzeit gearbeitet – oder in Berufen, in denen viel verlangt, aber trotzdem wenig verdient wird. Es werden auch viele Ostdeutsche profitieren, die oft besonders lange – aber zu niedrigen Löhnen – gearbeitet haben. Die Verbesserungen werden auch den Rentnerinnen und Rentnern zugutekommen, die bereits eine Rente beziehen.

Die Rente wird um einen Zuschlag erhöht, wenn die Versicherten mindestens 33 Jahre „Grundrentenzeiten“ vorweisen können – das sind Pflichtbeitragszeiten vor allem aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pfllegetätigkeit, aber auch Zeiten einer Pflichtversicherung von Selbständigen. Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll über eine Rente verfügen, die im Normalfall das Auskommen im Alter sichert. Das ist keine großzügige Sozialleistung, sondern ein Rechtsanspruch. Das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion bleibt, dass die Grundrente am 1.1.2021 in Kraft tritt. Das erwarte ich auch vom Koalitionspartner – unabhängig von seiner aktuellen Personaldiskussion.

Weitere Informationen

<https://www.spdfraktion.de/themen/bundesregierung-beschliesst-grundrente>

Oberried im Glück: 7,6 Millionen Euro Fördermitteln für den Breitbandausbau

Zur Faschnachtszeit ist Oberried im Glück: Der Zweckverband Breitband Breisgau-Hochschwarzwald erhält zusätzlich zu den bereits gewährten Bundesfördermitteln in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro für die Erschließung von unterversorgten Adressen in Oberried nun rund 7,6 Millionen Euro.

Die Gesamtinvestitionen für das Breitbandausbauprojekt des Zweckverbandes betragen laut dem Projektträger atene KOM GmbH 15.121.012,00 Euro. Mit einer Förderquote von 50 Prozent beträgt die vorläufige Höhe der Zuwendung der Bundesförderung 7.560.506,00 Euro. Mit der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ unterstützt die Bundesregierung die Bereitstellung leistungsfähiger Breitbandnetze in den Regionen, in denen ein privatwirtschaftlich gestützter Ausbau bisher noch nicht gelungen ist. Mit dieser Investition kommen wir dem Ziel näher, jede Gemeinde im Schwarzwald mit schnellem Glasfaser-Internet zu versorgen.

Ein Atomkraftwerk weniger an der deutsch-französischen Grenze

Wenn heute Nacht der Block 1 zum letzten Mal heruntergefahren wird, beginnt endlich der Anfang vom Ende für das AKW Fessenheim. Mehr als 40 Jahre lang haben wir uns diesseits des Rheins dafür eingesetzt, dass der älteste und sehr störanfällige Reaktor Frankreichs vom Netz geht. Mein Dank geht auch an die Zivilgesellschaft und die Umweltverbände, die über Jahre hinweg dafür gekämpft haben. Dabei ist es mir wichtig, dass die Region jetzt auch beim zukünftigen Strukturwandel unterstützt wird.

Das Abschalten von Block 1 ist nur der erste Schritt – gut, dass die französische Regierung per Dekret auch das Abschalten von Block 2 als zweiten Schritt dieses Jahr festgelegt hat.

In Deutschland steigen wir bis Ende 2022 definitiv aus der Atomkraft aus. Denn es bleibt dabei: Atomkraft ist riskant, teuer und hinterlässt den kommenden Generationen die Last der Entsorgung des Atommülls. Für echten Klimaschutz setzen wir auf den Ausbau erneuerbarer Energien.

Und auch für Fessenheim gilt daher: Sicherheit muss auch nach dem Abschalten gelten, unter anderem die Sicherheit der Brennelemente im Abklingbecken.

Bei der nun anstehenden Behandlung der Brennelemente im Abklingbecken erwarte ich größte Sorgfalt.

Schnelles Internet: 3 Millionen Euro Bundesfördermittel fließen nach St. Märgen

Die Gemeinde St. Märgen investiert rund 5 Millionen Euro in die Erschließung von unterversorgten Adressen und erhält dafür Fördermittel des Bundes in Höhe von rund 3 Millionen Euro. Das sind sehr gute Nachrichten für die Menschen vor Ort, die auf einen zuverlässigen Internetzugang warten.

Die Gesamtinvestitionen für das Breitbandausbauprojekt der Gemeinde betragen laut dem Projektträger atene KOM GmbH 4.924.012,00 Euro. Mit einer Förderquote von 60 Prozent beträgt die vorläufige Höhe der Zuwendung der Bundesförderung 2.954.407,00 Euro. Mit der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ unterstützt die Bundesregierung die Bereitstellung leistungsfähiger Breitbandnetze in den Regionen, in denen ein privatwirtschaftlich gestützter Ausbau bisher noch nicht gelungen ist.

"Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" - mehr Geld für Hilfs- und Beratungsangebote in den Kommunen

Dass statistisch gesehen jede vierte Frau mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Partnerschaftsgewalt erlebt hat, betrifft uns leider auch im ländlichen Raum. Frauen, die Gewalt erleben, brauchen schnelle Hilfe und Unterstützung. Hier setzt das Investitionsprogramm der Bundesregierung an.

„Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ unterstützt die Hilfs- und Beratungsangebote in den Ländern und Kommunen. In den Jahren 2020 bis 2023 werden insgesamt bis zu 120 Millionen Euro für den Aus-, Um- und Neubau, die Sanierung und den Erwerb von Hilfseinrichtungen im Rahmen innovativer Projekte vergeben. Diese sollen in erster Linie der weiteren Verbesserung der Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von Schutz- und Beratungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen dienen.

Profitieren hiervon sollen insbesondere solche von Gewalt betroffene Frauen, für die es bislang bundesweit nicht ausreichend Kapazitäten bzw. keine ausreichende Zahl an spezialisierten Unterstützungsangeboten gibt.

Eine Übersicht über die Frauenhäuser in den Landkreisen Waldshut und Breisgau-Hochschwarzwald findet sich hier: <https://www.frauenhauskoordination.de/hilfe-bei-gewalt/frauenhaussuche/>

Weiterführende Informationen zum Aktionsprogramm der Bundesregierung unter: www.staerker-als-gewalt.de

Schnelles Internet im Hochschwarzwald: Rund 626.000 Euro Bundesfördermittel fließen

Rund 386.000 Euro Bundesfördermittel fließen nach Eisenbach und Lenzkirch
Rund 240.000 Euro Bundesfördermittel fließen nach St. Peter und Hinterzarten

Das sind sehr gute Nachrichten für die Menschen im ländlichen Raum, die auf einen zuverlässigen Internetzugang warten. Mit der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ unterstützt die Bundesregierung die Bereitstellung leistungsfähiger Breitbandnetze in den Regionen, in denen ein privatwirtschaftlich gestützter Ausbau bisher noch nicht gelungen ist.

Der Zweckverband Breitband Breisgau-Hochschwarzwald investiert rund 771.000 Euro in die Erschließung von unterversorgten Adressen in Eisenbach und Lenzkirch und erhält dafür Fördermittel des Bundes in Höhe von rund 386.000 Euro.

Die Gesamtinvestitionen für das Breitbandausbauprojekt des Zweckverbands Breitband Breisgau-Hochschwarzwald betragen laut dem Projektträger atene KOM GmbH in Eisenbach 328.432 Euro, in Lenzkirch 442.967 Euro. Mit einer Förderquote von 50 Prozent beträgt die vorläufige Höhe der Zuwendung der Bundesförderung für Eisenbach 164.216 Euro, für Lenzkirch 221.483 Euro.

Der Zweckverband Breitband Breisgau-Hochschwarzwald investiert rund 420.000 Euro in die Erschließung von unterversorgten Adressen in St. Peter und Hinterzarten und erhält dafür Fördermittel des Bundes in Höhe von rund 240.000 Euro.

Die Gesamtinvestitionen für das Breitbandausbauprojekt der Gemeinde betragen laut dem Projektträger atene KOM GmbH in St. Peter 304.612 Euro, in Kircharten 115.346 Euro. Mit einer Förderquote von 60 Prozent für St. Peter beträgt die vorläufige Höhe der Zuwendung der Bundesförderung 182.767 Euro, mit einer Förderquote von 50 Prozent für Kircharten 57.673.

Jahrzehntelange kommunale Arbeit des Genossen Dieter Schwandt



Dieter Schwandt kann man in der Tat als Laufener Urgestein bezeichnen. Jahrzehntlang setzte er sich als Beisitzer im SPD Ortsverein Laufenburg, als treibende Kraft der Städtepartnerschaft zwischen Laufenburg und Le Croisic, als Gemeinderat und als Bürgermeister-Stellvertreter für die Gemeinde Laufenburg tatkräftig ein. Für Kinder und Jugendliche hatte er als Lehrer und Schulleiter sowie als Jugendtrainer des SV 08 Laufenburg stets ein offenes Ohr und stand Ihnen als Mentor mit Rat und Tat zur Seite. Nicht nur diese Funktionen - sondern auch sein Engagement im Kreistag als Mitglied der SPD-Kreistagsfraktion im beeindruckenden Zeitraum über 30 Jahren machten Dieter Schwandt im Landkreis Waldshut zu einer festen Größe in der Kommunalpolitik. Für diesen unermüdlichen Einsatz für die Menschen vor Ort möchte ich mich herzlich bedanken.

Gespräch zur Verkehrsentlastung rund um den Zollhof Waldshut

Die Verkehrsentlastung am Zollhof Waldshut war erneut Gegenstand eines Treffens im Bundesverkehrsministerium in Berlin. Schwerpunkt des Gesprächs war die Schaffung von zusätzlichem Vorstauraum an der Gemeinschaftszollanlage im Gewerbepark Hochrhein.



Bild (Büro Schwarzelühr-Sutter) v.l.: Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank, MdB Felix Schreiner, Parlamentarischer Staatssekretär Steffen Bilger, Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter und die Parlamentarische Staatssekretärin Sarah Ryglewski

Zusammen mit meinem Kollegen Felix Schreiner sowie dem Oberbürgermeister der Stadt Waldshut-Tiengen, Dr. Philipp Frank, nahm ich an dem einstündigen Gespräch teil. Das Bundesverkehrsministerium war durch den Parlamentarischen Staatssekretär Steffen Bilger vertreten. Für das Bundesministerium der Finanzen, in dessen Zuständigkeit die Zollverwaltung fällt, nahm die Parlamentarische Staatssekretärin Sarah Ryglewski (SPD) an dem Gespräch teil. Die Große Kreisstadt hatte den beiden Bundesministerien im vergangenen Jahr eine aktualisierte Planung zugesandt.

Oberbürgermeister Dr. Philipp Frank zeigte zunächst die Maßnahmen auf, welche bisher von der Stadt in Eigenregie zur Verkehrsentslastung umgesetzt wurden und betonte die Notwendigkeit eines zusätzlichen Vorstraums. Eine im Auftrag der Stadt erstellte Verkehrsstudie habe eine Vorzugsvariante für einen weiteren Vorstauraum ermittelt. „Die Stadt hat auf dieser Grundlage bereits Gespräche mit den Grundstückseigentümern geführt, ob die entsprechenden Flächen zur Verfügung gestellt werden würden“, erklärte Dr. Philipp Frank. „In diesen Gesprächen war eine grundsätzliche Bereitschaft erkennbar, die Arbeit der Stadtverwaltung zu unterstützen“. Nächster Schritt sei nun die Prüfung, unter welchen Voraussetzungen die Flächen für einen Vorstauraum genutzt werden könnten. Dazu sollen weitere Gespräche mit dem Bund und dem Regierungspräsidium Freiburg stattfinden, um die damit zusammenhängenden verkehrsrechtlichen Fragen zu klären.

Die Gesprächsteilnehmer zeigten sich darin einig, die verschiedenen Maßnahmen zur Verkehrsentslastung rund um den Zollhof Waldshut voranzutreiben. „Sei es der weitere dreistreifige Ausbau der B34, die zweite Rheinbrücke oder der Vorstauraum: Wichtig ist, dass diese Vorhaben zeitgleich vorangehen“, erklärte Felix Schreiner. Der weitere dreistreifige Ausbau der B34 zwischen der Anschlussstelle Tiengen-West der A98 und dem Kreisverkehr auf Baumarkthöhe befindet sich inzwischen in der Vorplanung. Zur zweiten Rheinbrücke werden das Land Baden-Württemberg

und der Kanton Aargau am 21. April 2020 eine Absichtserklärung unterzeichnen.

„Wir sind uns einig, dass die jetzige Situation vor Ort mehr als unbefriedigend ist. Deshalb wollen wir eine verkehrslenkende Lösung, die die Lage recht zügig entschärft. Ich sehe unsere direkten Gespräche auf Bundesebene konstruktiv“, erklärt Rita Schwarzelühr-Sutter.

Integrationsexpertin Rafika Aydogan auf der Islamkonferenz

Die Integrationsexpertin Rafika Aydogan aus dem Kreis Waldshut auf der Islamkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

Das gesellschaftliche Klima hat sich in den letzten Jahren verändert. Insbesondere Muslime sind immer häufiger Anfeindungen ausgesetzt – im jüngsten Falle Hanaus sogar tödlicher Gewalt. Die SPD-Bundestagsfraktion tritt Islamfeindlichkeit und Rassismus mit aller Entschiedenheit entgegen und setzt sich für eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft ein. Wir stehen an der Seite unserer muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. In Berlin haben wir uns mit engagierten Mitgliedern der muslimischen Community zu ihrem Alltag ausgetauscht um zu erfahren, wo der Schuh drückt.

Auf meine Einladung hin hat Rafika Aydogan an der 2. Islamkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion „Muslime in Deutschland - Mittendrin statt nur dabei!“ in Berlin teilgenommen. Die Laufenburgerin arbeitet bei der AWO Waldshut und ist dort Ansprechpartnerin für das Integrationsmanagement geflüchteter Menschen im Landkreis Waldshut.



v.l.: Rafika Aydogan und Rita Schwarzelühr-Sutter im Reichstagsgebäude des Deutschen Bundestags.
© Büro Schwarzelühr-Sutter

In ihren täglichen Aufgabenbereich fallen beispielsweise die Beratung und Begleitung bei der

Suche nach Deutschkursen sowie der Arbeits- und Ausbildungsplatzsuche. Rafika Aydogan bringt somit einen großen Erfahrungsschatz aus ihrer Arbeit und auch ihrem ehrenamtlichen Engagement mit. Auf der Tagesordnung der Fachtagung stand neben einer Rede der Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey auch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Muslimische Identität in Deutschland“. Rafika Aydogan beteiligte sich an der Arbeitsgruppe „Feminismus und Islam: Ein Widerspruch?“, welche von der SPD-Bundestagsabgeordneten Gülistan Yüksel und Dr. Dina El Omari vom Zentrum für islamische Theologie an der Universität Münster geleitet wurde.

Hochrheinkommission gewinnt Bundeswettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung

Hochrheinkommission überzeugt mit innovativem Konzept zur Bürgerbeteiligung

Bundesumweltministerin Svenja Schulze zeichnete am Dienstag die deutsch-schweizerische Hochrheinkommission für vorbildliche Bürgerbeteiligung aus. Im Finale des Bundeswettbewerbs "Ausgezeichnet!" setzte sich die Hochrheinkommission gegen Großstädte wie Hamburg oder Köln durch.



vl: Geschäftsführerin der Hochrheinkommission
Vanessa Edmeier,
Bundesumweltministerin Svenja Schulze
(c) Vanessa Edmeier

Ich freue sehr mich, dass die Hochrheinkommission für ihre tolle Arbeit ausgezeichnet wurde. Sie setzt sich seit Jahren mit großem Engagement für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen

den deutschen Landkreisen und den schweizerischen Kantonen ein. Ein wichtiger Bestandteil dabei ist die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Dialogveranstaltungen, um gemeinsam darüber zu diskutieren, was wir uns für ein gutes Zusammenleben in unserer Grenzregion wünschen. Mit ihrem innovativen Konzept für die Bürgerdialoge konnte die Hochrheinkommission die Jury überzeugen und sich dabei gegen andere Wettbewerber aus Großstädten wie Hamburg oder Köln durchsetzen. Das ist eine großartige Leistung, zu der ich der Hochrheinkommission und ihrer Geschäftsführerin Vanessa Edmeier sehr herzlich gratuliere. Ich danke der Hochrheinkommission für das unermüdliche Engagement für unsere Grenzregion.

Hintergrund:

Anlässlich des Wettbewerbs "Ausgezeichnet! – Wettbewerb für vorbildliche Bürgerbeteiligung 2019/20" nahmen elf Organisationen, darunter die Hochrheinkommission, an einer Fachtagung teil und präsentierten ihre Bürgerbeteiligungsprojekte einer Jury und den Teilnehmenden der Fachtagung. Besucherinnen und Besucher hatten ebenfalls die Möglichkeit, sich in verschiedenen Workshops rund um das Thema Verstärkung von Bürgerbeteiligung zu informieren und Erfolgsansätze, Erfahrungen oder auch Herausforderungen zu diskutieren. Parallel traf die Jury ihre finale Entscheidung. Die Besonderheiten der grenzüberschreitenden Dialoge präsentierte die Geschäftsführerin der Hochrheinkommission Vanessa Edmeier in einer Pitch-Präsentation in der Kategorie „Von der Verwaltung vorangetrieben“ im Ministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Als Höhepunkt der Fachtagung zeichnete Bundesumweltministerin Svenja Schulze im Anschluss die besten Einreichungen des Wettbewerbes feierlich aus. Hierbei konnte sich die Hochrheinkommission gegen zehn weitere Mitbewerber durchsetzen und gehört zu den glücklichen Gewinnern. Stellvertretend für die Hochrheinkommission nahm Geschäftsführerin Vanessa Edmeier den Preis entgegen.

Internationaler Frauentag

"Viel erreicht, aber noch längst nicht am Ziel" – Frauenaktionswochen in Waldshut als erfolgreiche Institution im Kampf für mehr Geschlechtergerechtigkeit

In den vergangenen Jahren wurde bereits viel auf Bundesebene erreicht. So haben wir das Risiko für viele Frauen, ungewollt in Teilzeitarbeit zu verbleiben, mit dem Rückkehrrecht zur Vollzeitbeschäftigung beseitigt. Außerdem sind wir auf dem besten Weg, die Kinderbetreuung kostenfrei zu machen und haben einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, die Zahl möglicher Arbeitsstunden beim ElterngeldPlus auf 32 pro Woche anzuheben.

Aber längst ist man in der Frage der Gleichbehandlung von Männern und Frauen nicht am Ziel: Noch immer sind es oftmals die Frauen, die sich nach ihrem Job noch um Haushalt, Kinder und die Pflege Angehöriger kümmern – unbezahlt. Im Schnitt täglich 90 Minuten mehr als Männer. Die Folge: weniger Einkommen, schlechtere Rente, verminderte Karrierechancen. Damit Frauen die gleichen Chancen im Erwerbsleben haben wie Männer, brauchen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf beispielsweise durch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern und die finanzielle Aufwertung sozialer Berufe wie Erzieherin oder Pflegerin.

Es geht zudem darum, frauenspezifische Belange und Themen stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Genau deshalb sind die Frauenaktionswochen im Landkreis Waldshut so wichtig, weil sie ein tolles Format sind, bei dem Frauen sich austauschen und vor Ort vernetzen können. Leider sind auch in der Kommunalpolitik Frauen gemessen an ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert. Wir benötigen aber eine gemeinsame starke Stimme. Das bedeutet konkret, sich gegenseitig den Rücken freizuhalten und z.B. für den Gemeinderat oder Kreistag zu kandidieren. Denn nur dort, wo Frauen an Entscheidungen beteiligt werden, können sie auch etwas im Sinne der Frauen bewegen.

Für schnelles Internet fließen 8,7 Millionen Euro nach Klettgau

Ich freue mich sehr, dass die Gemeinde Klettgau rund 17,3 Millionen Euro in die Erschließung von unterversorgten Adressen investiert und dafür Fördermittel des Bundes in Höhe von rund 8,7 Millionen Euro erhält.

Die Gesamtinvestitionen für das Breitbandausbauprojekt der Gemeinde betragen laut dem Projektträger atene KOM GmbH 17.300.000,00 Euro. Mit einer Förderquote von 50 Prozent beträgt die vorläufige Höhe der Zuwendung der Bundesförderung 8.650.000,00 Euro. Mit der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ unterstützt die Bundesregierung die Bereitstellung leistungsfähiger Breitbandnetze in den Regionen, in denen ein privatwirtschaftlich gestützter Ausbau bisher noch nicht gelungen ist. Auch der ländliche Raum hat ein Recht auf einen guten Zugang zu schnellem Internet. Mit dieser Summe leistet der Bund ganz konkret einen Beitrag dazu, dass unsere Heimatregion nicht abgehängt wird.

Ergebnis des Koalitionsausschusses zum Kurzarbeitergeld

Eine begrüßenswerte, wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen das Coronavirus

Die Bundesregierung handelt rechtzeitig und entschlossen in der Coronavirus-Krise. Mit den Sonderregelungen zum Kurzarbeitergeld wollen wir Arbeitsplätze erhalten und schaffen Planungssicherheit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Davon werden im Ernstfall insbesondere die zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen vor Ort profitieren, die das Rückgrat der südbadischen Wirtschaft bilden.

Konkret wurde vereinbart, befristet bis Ende 2021 Verordnungsermächtigungen einzuführen, mit der die Bundesregierung die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld absenken und die Leistungen wie folgt erweitern kann:

- Absenken des Quorums der im Betrieb Beschäftigten, die vom Arbeitsausfall betroffen sein müssen, auf bis zu 10 %
- Teilweise oder vollständiger Verzicht auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden
- Ermöglichung des Kurzarbeitergeldbezugs auch für Leiharbeitnehmer
- Vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit.



Liebe Leserinnen und Leser,

ich hoffe Sie hatten eine spannende Lektüre! Den Menschen bei uns im Wahlkreis und in unserer Region möchte ich auch ein wichtiger Ansprechpartner für ihre Anliegen und Sorgen sein. Gerne können Sie sich jederzeit telefonisch, per E-Mail oder ganz klassisch per Brief an mich wenden. Ich freue mich auf Ihre Nachricht!

Für mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit im Wahlkreis und in Berlin besuchen Sie mich auch gerne auf meiner Homepage und bei facebook oder folgen mir auf Twitter und Instagram!

Ihre
Tina Selmann-Suhr

Kontakt

Abgeordnetenbüro Berlin:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

T: 030 – 227 73 071

F: 030 – 227 76 173

E: rita.schwarzueluehr-sutter@bundestag.de

Home:

Facebook:

Twitter:

Instagram:

Wahlkreisbüro Waldshut-Tiengen:

Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB

Wallstr. 9 / Kaiserstr. 22

79761 Waldshut-Tiengen

T: 07751 – 91 76 881

F: 07751 – 91 76 882

E: rita.schwarzueluehr-sutter.wk@bundestag.de

www.schwarzueluehr-sutter.de

facebook.com/schwarzueluehrsutter

twitter.com/rischwasu

instagram.com/rischwasu/